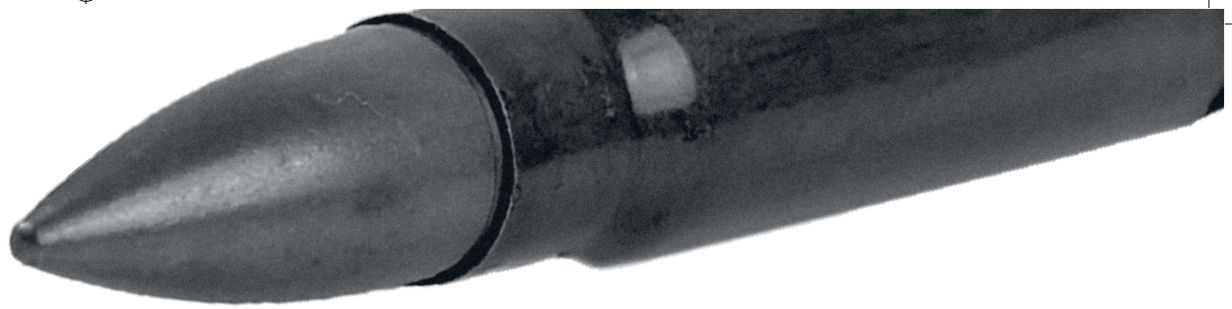


AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
www.gsoa.ch/adressen



GSoA

GSOA-ZITIG NR. 208
OKTOBER 2026

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Friedenstaube oder Aasgeier?

Die Schweiz führt keine Kriege. Aber sie füttert sie – für den Profit einiger Wenigen. Ein weltverantwortliches Nein zur erbärmlichen Aasgeier-Mentalität ist angezeigt.

SEITE 3

«KMU müssen Arbeitsstellen abbauen»

Swissmem und Konsorten führen das JA zum revidierten Kriegsmaterialgesetz an. Die immergleichen Argumente der Rüstungsindustrie sind längst widerlegt.

SEITE 3

Nein zum neuen Kriegsmaterialgesetz als feministische Pflicht

Die Lockerung des KMG kollidiert mit einem feministischen Friedensverständnis. Dies ver-rät ein Blick auf die Frauen-, Frieden- und Sicherheit-Agenda. (*Women, Peace and Security, WPS*). SEITE 5

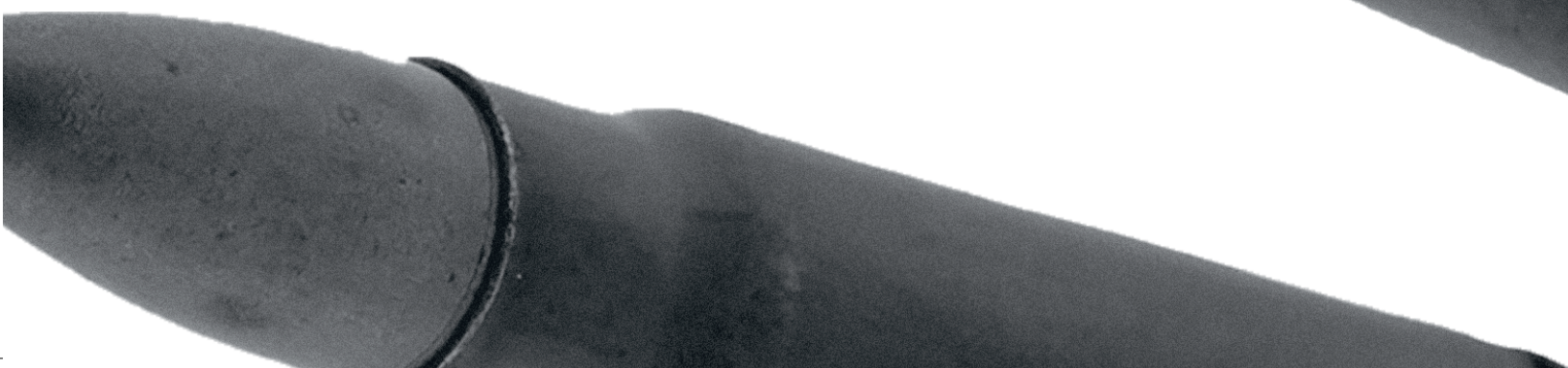
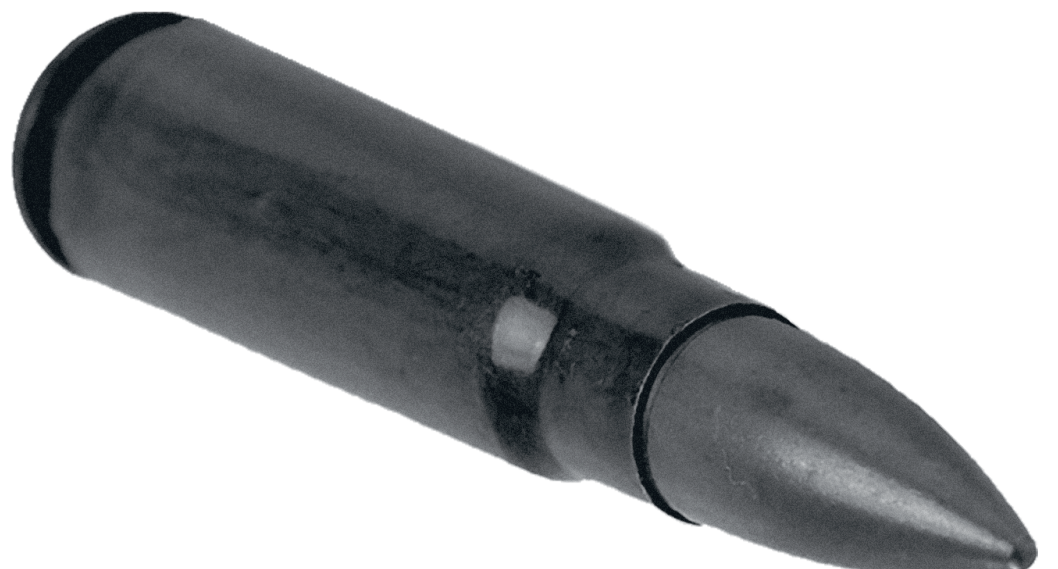
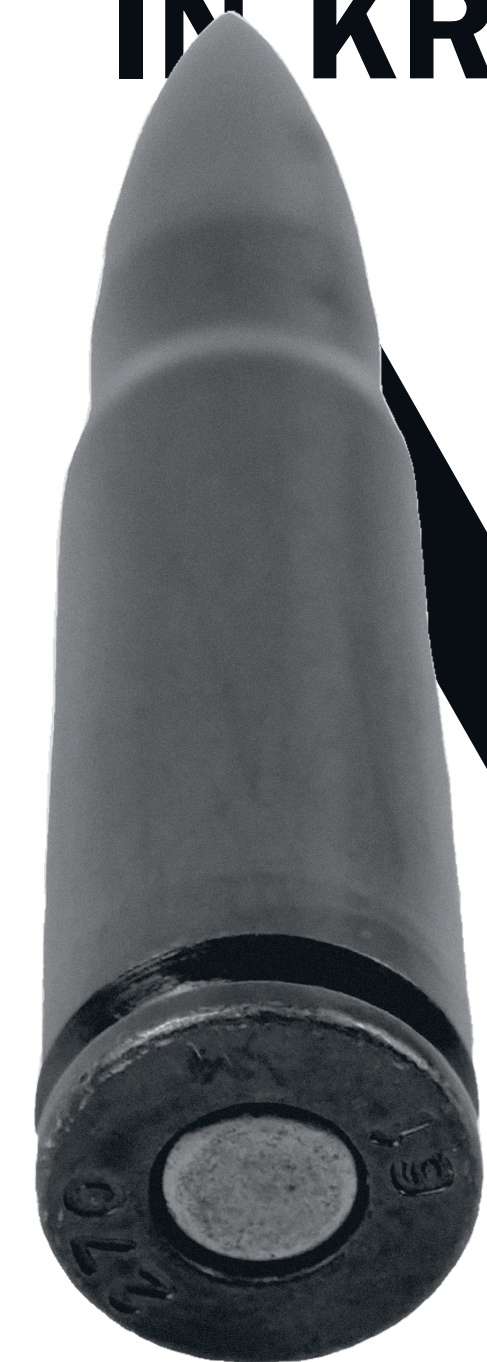
Jetzt mitmachen!

Unterstütze die Kampagne unter:
kriegsmaterial-referendum.ch/#mitmachen



SCHWEIZER WAFFEN IN KRIEGSGEBIETEN?

NEIN!



EINLEITUNG

Liebe Leser*innen

Schon wieder eine GSoA-Zitig? Die vergangene Ausgabe war doch erst gestern in meinem Briefkasten und liegt noch unberührt auf meinem “Das-lese-ich-irgendwann-mal-noch”-Stapel?! So ergeht es mir zwar auch, doch es gibt allen Grund, weshalb die letzte GSoA-Zitig dieses Jahres bereits eintrifft. In wenigen Wochen stimmen wir über die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes ab. Ihr fleissigen Zitigs-Leser*innen seid ja schon seit geraumer Zeit von uns ins Bild gesetzt worden.

Diese Zeitung soll folgendes bewirken: Ihr dürft auf keinen Fall vergessen, Nein stimmen zu gehen. Und: Ihr sollt argumentativ gestärkt sein, um in jeder Stammtisch-Diskussion und in jedem Online-Abtausch die Oberhand zu behalten. Wir sind auf euch als Multiplikator*innen angewiesen, damit wir diese Jahrzehnte-Abstimmung gewinnen. Diese Zeitung ist daher gänzlich der Kriegsmaterial-Abstimmung vom 29. November gewidmet.

Auf Seite 3 widerlegen wir eine ganze Reihe von Argumenten der Rüstungslobby. Zwei Seiten weiter beleuchten wir die KMG-Revision aus einem feministischen und religiösen Blickwinkel. Und auf Seite 8, dessen Namen “Die Letzte” ihre Wichtigkeit manchmal verniedlicht, erfahrt ihr, wie ihr am besten mitwirkt, damit diese Kampagne gross, breit und graswurzelnah werden kann. Dazwischen noch einiges mehr.

Wir haben in friedenspolitisch schwierigen Zeiten die einmalige Chance, eine Abstimmung zu gewinnen – wenn wir uns geschickt anstellen. Als links-pazifistische Kraft eine Volksabstimmung zu gewinnen, grenzt normalerweise an Unmöglichkeit. Wieso aber nicht in abnormalen Zeiten das Unmögliche möglich machen?

Danke für euren Einsatz!

Joris Fricker
Im Namen des Redaktionsteams

Impressum

Redaktionsteam: ANDREAS WEIBEL, CHARLINE MAIRE, ELIA GERBER, FABIO BRIANTE, JONAS HEEB, JORIS FRICKER, JOSEF LANG, MARTIN PARPAN, MIRJAM STEINER, NOEMI BUZZI, NOËMI HOLTZ, OGER, PAULINE SCHNEIDER, RAYYÂN REHOUMA, TOBIA SCHNEBLI

Cartoons: OGER **Gestaltung:** ALINE WIESFLECKER
Druck: ROPRESS ZÜRICH **Auflage:** 15'000, VIERMAL JÄHRLICH

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo)
VERDIENENDE FR. 100.–/ NICHT VERDIENENDE FR. 50.–
Jahresabonnement GSoA-Zitig: FR. 20.–
PC-Konto: PC 40-37315-5 **Verlag:** GSOA,
POSTFACH, 8031 ZÜRICH, **Telefon** 044 273 01 00,
E-Mail: GSOA@GSOA.CH, WWW.GSOA.CH

LESER*INNENBRIEFE, LOB UND KRITIK SIND WILLKOMMEN. DIE REDAKTION BEHÄLT SICH VOR, ZUSENDUNGEN ZU KÜRZEN. BITTE MELDEN SIE UNS ADRESSÄNDERUNGEN, FALSCHES UND/ODER DOPPELTE ADRESSEN. DIE INHALTE DIESER ZEITUNG UNTERSTEHEN DER CREATIVCOMMONS-LIZENZ CC BY-ND-NC 4.0. FÜR NICHT-KOMMERZIELLE ZWECKE KÖNNEN SIE MIT QUELLENANGABE FREI VERWENDET WERDEN.

EINORDNUNG

Was ist eigentlich dieses KMG?

Im November stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über das Referendum gegen die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes ab. Dieses Referendum wurde von einer Allianz, von der auch die GSoA Teil ist, ergriffen und gesammelt. Dass wir als Antimilitarist*innen gegen eine Aufweichung der Exportgesetze sind, ist klar, doch worum geht es in der Vorlage im Detail? Diese Frage lässt sich gar nicht so einfach beantworten, denn die Lockerung besteht aus verschiedenen Änderungen in mehreren Bereichen. SILAS MUGGLI

BÜHRLE UND DIE GEBURT DES KRIEGSMATERIALGESETZES

Die Auseinandersetzung über den Export von Schweizer Kriegsmaterial ist nicht neu. Ein wichtiger Wendepunkt ereignete sich Ende der 1960er-Jahre. 1968 schreibt der Schweizer Botschafter in Lagos, Fritz Real, an die Schweizer Regierung, er habe Hinweise erhalten, dass im Biafra-Krieg Schweizer Kanonen der Firma Bührle & co. eingesetzt werden. Wie sich durch die nachfolgenden Ermittlungen herausstellte, hatte Bührle die Behörden getäuscht und rund hundert Geschütze nach Nigeria statt nach Äthiopien exportiert. Auf das milde Urteil für Bührle folgte ein öffentlicher Aufschrei, der mehrere Gesetzesänderungen nach sich zog.

Bis dahin unterlagen Waffenexporte einer Bewilligungspflicht aus dem Jahr 1938. Nach dem Bührle-Skandal wurden die Kontrollen verschärft und eine Expertenkommission eingesetzt. 1972 scheiterte eine Initiative, die ein komplettes Waffenausfuhrverbot forderte, mit 49.7% Ja-Stimmen äusserst knapp am Volksmehr. Als indirekter Gegenvorschlag wurde im selben Jahr das erste eigenständige Kriegsmaterialgesetz verabschiedet.

Die nächste grosse Etappe folgte in den 90er Jahren. Neue Kriege und neue Formen des globalen Rüstungshandels machten eine Revision des bereits 20 Jahre alten Gesetzes nötig. 1992 wurde erneut eine Initiative eingereicht, die ein beinahe komplettes Verbot von Kriegsmaterialexporten forderte. Das Parlament verabschiedete das revidierte Kriegsmaterialgesetz 1996, im Folgejahr wurde die Initiative mit 22.5% Ja-Stimmen vom Volk und allen Ständen abgelehnt.

Damit war der politische Streit allerdings nicht beendet. 2009 kam es erneut zu einer eidgenössischen Abstimmung über ein grundsätzliches Verbot von Kriegsmaterialexporten. Die von einem breiten Bündnis getragene Volksinitiative wurde mit 32.8% Ja-Stimmen verworfen.

DIE DISKURSVERSCHIEBUNG

Seither verschob sich die Debatte Stück für Stück in die andere Richtung. Ging es Ende des 20. Jahrhunderts noch um eine Einschränkung der Schweizer Beteiligung am Leid durch Krieg, prägt heute ein anderes Argument die Debatte: Die scheinbare Benachteiligung Schweizer Rüstungskonzerne gegenüber ihrer internationalen Konkurrenten. War der Aufschrei nach dem Bührle-Skandal noch gross genug, um eine umfassende Überarbeitung der Gesetzgebung und eine hauchdünne Niederlage an der Urne nach sich zu ziehen, bleibt heute der Aufschrei meist aus. In dieses politische Klima fällt die neue Gesetzesänderung, die viele Errungenschaften der Vergangenheit zunichte machen will und die Schweiz zu einem unkontrollierten Sonderfall in Europa machen würde.

GEFÄHRLICHE AUSNAHME FÜR UNSERE «WESTLICHEN FREUNDE»

Das bisherige Gesetz verbietet den Export von Kriegsmaterial in Länder, die in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt involviert sind. Die Änderung erlaubt diese Exporte zwar nicht grundsätzlich, ermöglicht aber Ausnahmen. Möglich wäre der Export an Staaten, die im «Anhang 2» enthalten sind. Der Anhang 2 ist eine Liste von Ländern, die der Bundesrat bestimmt. Erst im vergangenen Juli wurde diese Liste durch mehrere Länder erweitert. An diese Staaten wäre ein Export auch möglich, wenn sie in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind und die Lieferung mit Neutralitätsrecht, Menschenrechten und den internationalen Verpflichtungen der Schweiz vereinbar ist. Wie wir alle wissen, lässt sich diese Vereinbarkeit in fast jedem Fall irgendwie erklären, denn eine klare rote Linie gibt es dabei nicht.

DAS ENDE DER WIEDERAUSFUHRKLAUSEL

Bisher gilt: Die Wiederausfuhr von Schweizer Kriegsmaterial ist grundsätzlich stark eingeschränkt und kann nur unter strengen Vorgaben erfolgen. Neu soll diese Wiederausfuhr einfacher

bewilligt werden, wenn sie an einen zulässigen Empfängerstaat erfolgt. Das Gefährliche daran ist, dass auch hier die Kontrolle mit jeder Wiederausfuhr schwindet. Ist das Kriegsmaterial erst einmal in einem zulässigen Drittstaat, lässt sich kaum nachvollziehen, was weiter mit den Gütern passiert. Ausserdem ist unklar, inwiefern sich Material überwachen lässt, das in einem oder mehreren anderen Staaten verbaut oder verändert wird. Es wäre möglich, dass Waffenteile beispielsweise kaum noch nachverfolgbar sind.

DEMOKRATISCHE KONTROLLE? NEIN DANKE!

Besonders problematisch ist die neue Abweichungskompetenz des Bundesrats. In «ausserordentlichen Situationen» könnte der Bundesrat von den gesetzlichen Kriterien abweichen, solange dies zur «Wahrung der aussen- oder sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz» nötig ist. Der Bundesrat kann allerdings selber entscheiden, wie diese aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz aussehen sollen. Nur falls es jemand vergessen haben sollte: 5 von 7 Bundesrät*innen stammen aus Parteien, die eigentlich gerne noch viel weiter gehen würden, als selbst die vorliegende Lockerung ihnen erlaubt. Damit wird eine zentrale demokratische Kontrollmöglichkeit geschwächt: Statt dass die Regeln für Waffenexporte verbindlich im Gesetz festgelegt sind, erhält der Bundesrat zusätzlichen Spielraum, diese Regeln im konkreten Fall zu umgehen. Bührle (heute Rheinmetall) müsste bei Annahme also nicht einmal mehr Exportscheine fälschen, sondern nur noch entsprechende Beziehungen nach Bern pflegen. Die Entscheidung über besonders heikle Waffenexporte würde damit stärker von der jeweiligen Einschätzung des Bundesrats abhängen. Zwar müssen solche Abweichungen zeitlich begrenzt und gegenüber dem Parlament begründet werden, eine vorgängige parlamentarische Zustimmung ist jedoch nicht vorgesehen. Gerade bei Kriegsmaterial, dessen Einsatz weitreichende Folgen haben kann, ist das eine erhebliche Verschiebung der Entscheidungskompetenz.



Überall in der Schweiz hängen unsere Fahnen

GEGENARGUMENTE WIDERLEGT

Swissmem-Argumente für das neue Kriegsmaterialgesetz: widersprüchlich, undurchsichtig und irreführend

Swissmem lobbiierte in der letzten Wintersession erfolgreich für die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes, wogegen die GSoA das Referendum ergriffen hat. Dieser Text zerpfückt und widerlegt ihre Hauptargumente für das neue Kriegsmaterialgesetz. CHARLINE MAIRE



Mit der von Swissmem forcierten Exportlockerung steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Schweizer Kriegsmaterial in Kriegen angewandt wird.

«DIE RÜSTUNGSINDUSTRIE STEHT VOR DEM UNTERGANG»

Das ist schlichtweg falsch. 2025 verzeichnete die Rüstungsindustrie nur ganz knapp kein Rekordjahr, weil 2022, das Jahr, in dem Russland die Ukraine angriff, nicht übertroffen werden konnte. Es wurde für 948.2 Mio CHF in der Schweiz produziertes Kriegsmaterial exportiert. Diese Exporte fanden noch unter dem alten Kriegsmaterialgesetz statt, das heisst, das SECO musste alle Ausfuhren bewilligen, Lieferungen in kriegstreiberische Länder verhindern, und Wiederausfuhren waren ebenfalls verboten. Trotzdem wurden diese Zahlen erreicht.

«KMU MÜSSEN ARBEITSSTELLEN ABBAUEN»

Die Spitzenreiter der Schweizer Kriegsmaterialexporte sind nicht KMU, sondern Grosskonzerne, von denen die meisten noch dazu in ausländischem Besitz sind. Zu diesen Unternehmen gehören Rheinmetall, Mowag, Ruag, und SwissP Defense. KMU folgen in grossem Abstand, was daran liegt, dass diese eher auf besondere militärische- oder Dual-Use-Güter spezialisiert sind. Bei der Abstimmung im November geht es aber nur um das Kriegsmaterial-Gesetz, was folglich in erster Linie die grossen Rüstungsunternehmen betrifft, und nicht KMU.

«ES BRAUCHT DIE RÜSTUNGSINDUSTRIE FÜR DEN WOHLSTAND DER SCHWEIZ. WÜRDEN DAS NEUE GESETZ ABGELEHNT, MÜSSTEN ARBEITSSTELLEN ABGEBAUT WERDEN»

Auch wenn die Rüstungsindustrie boomt, macht sie doch einen vernachlässigbaren Anteil der Schweizer Gesamtexporte aus, nämlich 0.21% in 2025. Das ist vergleichbar mit den Exporten von Schokolade. Nur brüstet sich die Schokoladen-Industrie nicht damit, den Schweizer Wohlstand zu sichern.

Das Argument, Arbeitsstellen müssten abgebaut werden, verwundert angesichts der steigenden Export-Zahlen. Beim Kriegsmaterial-Referendum geht es schliesslich nur darum, den

Status-Quo zu bewahren, und nicht, die Exporte weiter einzuschränken. Deshalb sollte es eigentlich keinen Grund für Entlassungen geben.

Allerdings wurde bekannt, dass Rheinmetall am Oerlikon Standort während des Jahres 2025, also während der Swissmem-Lobbyismus Kampagne im Parlament für die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes, ihre Arbeitsstellen verdoppelt hat. Rheinmetall scheint sich so sicher zu sein, dass diese Abstimmung zu ihren Gunsten verlaufen wird, dass sie kurzerhand neue Stellen besetzt haben, noch bevor das Geschäft dafür da ist.

Es drängt sich die Vorahnung auf, dass Swissmem und Rheinmetall genau mit dem Abbau dieser Stellen argumentieren könnten, wenn die Zeit im Abstimmungskampf dafür gekommen ist. Diese Strategie, Arbeiter:innen einzustellen, um für den eigenen Profit mit deren Entlassung drohen zu können, ist regelrecht abstoßend und eine Verachtung der Beschäftigten und ihrer Existenzgrundlage.

«ES BRAUCHT EINE STÄRKUNG DER SCHWEIZER RÜSTUNGSINDUSTRIE, DAMIT DIE BEWAFFNUNG DER ARMEE MIT KRIEGSMATERIAL UND DAMIT DIE SICHERHEIT DER SCHWEIZ GESICHERT IST»

Erstens wird die Bewaffnung der Armee nur zum Teil von Schweizer Rüstungsfirmen gewährleistet. So wurden z.B. die F/A18 von McDonnell Douglas und Boeing produziert, und die schon bestellten F35 liefert irgendwann in unvorhersehbarer Zukunft Lockheed Martin, beides amerikanische Firmen. Abgesehen von der Ruag gehören auch «Schweizer» Firmen längst ausländischen Konzernen: Mowag, die Armee-Panzer herstellt, gehört dem US-Konzern General Dynamics; SwissP, Herstellerin der Munition, gehört der Italienischen Beretta.

Es stellen sich ausserdem grundsätzliche Fragen zur Sicherheit. Swissmem schreibt, dass das neue Gesetz vor allem die Lieferung an Länder im Anhang 2, die schon jetzt die grössten Abnehmer:innen sind, vereinfachen würde. Aber wieso

würden dann die Bestellungen zunehmen? Dafür wurde das Wiederausfuhr-Verbot aufgehoben, sodass die Waffen beliebig weitergeliefert werden können. Das Ziel ist, dass Schweizer Waffen dann direkt dort angewendet werden, wofür sie konzipiert wurden: In Kriegen und repressiven Regimes. Die Nachfrage würde deshalb steigen. Somit wäre bei einer Annahme die Schweizer Industrie noch stärker mitverantwortlich für Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen. Zudem würde zudem die Rüstungsindustrie noch mehr zu globaler Unsicherheit beitragen, wovon

auch die Schweiz nicht verschont bliebe. Swissmem ist das alles nicht nur egal, sondern behauptet unverhohlen, die Sicherheit der Schweiz mittels der Armee sichern zu können, während die Welt in bewaffneten Konflikten versinkt.

Fazit: Die Argumentation von Swissmem strotzt nur so von Widersprüchen und sogar Falschaussagen und Irreführungen. Es liegt an uns, die Konversation zurück zu den Fakten zu bringen, um das Referendum zu gewinnen.

NEUTRALITÄT

Die Schweiz zwischen Aasgeier- und Geldsack-Neutralität

Die Schweiz führt keine Kriege. Aber sie füttert sie – für den Profit einiger Wenigen. JO LANG

Am 20. Februar 1917, im dritten Kriegsjahr, stellte der Bundesrat an seiner ordentlichen Sitzung fest, dass «nach und nach ein grosser Teil der schweizerischen Maschinenindustrie zur eigentlichen Kriegsindustrie» geworden sei und «gegenwärtig von beiden Gruppen gewaltige Aufträge in der Schweiz untergebracht» würden. Auslöser der Diskussion war ein Gesuch, «die Ausfuhr von Geschossen, Geschossteilen, Zündern und Zündeteilen aus der Schweiz zu verbieten». Damit würde die Schweiz «zur Verlängerung des Krieges beitragen». Bereits zwei Jahre zuvor hatte ein Zürcher vor einer «Aasgeier-Neutralität» gewarnt, die darauf spekulierte, dass Deutschland und Frankreich «gleichmässig verbluten» würden.

DIE BÜHRLE-SKANDALE

Auch vom Zweiten Weltkrieg profitierte ein Grossteil der helvetischen Bourgeoisie massiv. Allerdings tätigte sie ihre Kriegsgeschäfte einseitig zugunsten der faschistischen Achsenmächte. In ihrem Schlussbericht über «Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg» hielt die Bergier-Kommission 2002 fest: «Die Ausfuhr von Waffen, Munition und Zündern machte 1940 bis 1944 rund 980 Mio. Franken oder 13,8% der gesamten Warenausfuhr aus». Davon gingen 606 Millionen an Nazideutschland und 204 Millionen an die anderen Achsenmächte. Von den restlichen 180 Millionen fielen je die Hälfte an deutschfreundliche Neutrale und an die Alliierten, die auch für unsere Freiheit kämpften. Hauptprofiteur war der Zürcher Industrielle Emil Georg Bührle, dessen Vermögen sich zwischen 1938 und 1945 von 8 auf 162 Millionen erhöhte.



Das Kriegsmaterial-Referendum wurde im Frühling 2026 eingereicht.

Dessen Sohn Dieter war 25 Jahre später in einen der grössten Skandale der modernen Schweizer Geschichte verwickelt. Mit gefälschten Nichtwiederausfuhrerklärungen hatte er Kanonen scheinbar an Äthiopien, in Wirklichkeit an das mit einem Embargo belegte Nigeria verkauft. Das Erdölland führte 1967 bis 1970 einen äusserst brutalen Krieg gegen die Biafra-Minderheit, die nicht zuletzt aus der Schweiz humanitäre Hilfe erhielt. So schossen Schweizer Kanonen auf Flugzeuge des Roten Kreuzes. Weiter stellte sich heraus, dass angebliche Lieferungen nach Frankreich, Belgien und andere Länder zu einem Grossteil in Südafrika gelandet waren. Der Bundesrat hatte den Apartheid-Staat 1963 mit einem Exportverbot belegt.

Bührle und drei Angestellte wurden im November 1970 bloss zu bedingten Haftstrafen verurteilt. Eine gleichzeitig eingereichte Volksinitiative für ein Waffenausfuhrverbot verpasste im September 1972 das Volksmehr mit 49,7 Prozent nur knapp. Wäre drei Monate vor dem Urnengang nicht das erste Kriegsmaterialgesetz (KMG) eingeführt worden, hätte es nicht nur zum Volks-, sondern auch zum Ständemehr gereicht. 1977 warf Bührle dem KMG die «Schwächung der schweizerischen Rüstungsindustrie und damit der Landesverteidigung vor».

EINSAME SPITZE: RHEINMETALL UND GENERAL DYNAMICS

Mit derselben Leier kommt heute die Rheinmetall, die im Jahre 2000 den Bührle-Konzern übernommen hat. Gemäss dem Rüstungsreport der WoZ vom September 2025 ist der deutsche Konzern der weitaus grösste «schweizerische» Waffen-Exporteur. Von 2015 bis 2024 exportierte er Kriegsmaterial im Wert von 8,14 Milliarden. An zweiter Stelle steht mit 5,13 Mia die US-amerikanische General Dynamics, die 2003 die Thurgauer Mowag übernommen hat. Die dritte Firma auf dem schweizerischen Kriegs-Podest ist die Rheinmetall Waffen Munition (RMW) mit 1,8 Mia. Als der inländische Bührle von «Landesverteidigung» sprach, war es verlogen, aber nicht lächerlich.

Gerade weil die Schweizer Rüstungsindustrie nur noch etwa 7000 Personen (1,3 Promille aller Arbeitsplätze) beschäftigt, wäre es für unser Land sehr leicht, auf Waffenexporte zu verzichten und damit dem Frieden einen grossen Dienst zu erweisen. Es braucht dazu bloss ein weltverantwortliches und vernunftbegabtes Nein zur erbärmlichen Aasgeier-Mentalität.

INTERNATIONAL

AUSWIRKUNGEN DES KMG IN ALLER WELT

Der Anti-Migrationskrieg als Profitschleuder

Die Rüstungsindustrie ist nicht nur für Vertreibungen verantwortlich, sondern sie profitiert ebenfalls von den Bestrebungen, die Einreise nach Europa zu verunmöglichen. Dies stärkt wiederum den Diskurs der extremen Rechten. Wir müssen diese Bereicherung auf Kosten anderer bekämpfen. SOPHIE GUIGNARD, SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

Ein Bericht des Transnational Institute aus dem Jahr 2021 [1] zeigt sehr deutlich die direkte Verbindung zwischen dem Export von Waffen aus Europa und Vertreibungen im Globalen Süden. Der Bericht entkräftet die Behauptung, Waffen würden die Bevölkerung schützen und die Sicherheit erhöhen. Er zeigt auf, wie sie Regionen oder ganze Staaten destabilisieren. Auch die Schweiz ist keine Musterschülerin. Trotz restriktiver Gesetzgebung wurden Pylatus-Flugzeuge bei den Taliban gesichtet und RUAG-Granaten von dschihadistischen Gruppen in Syrien eingesetzt.

Die Rüstungsindustrie trägt somit offensichtlich Mitverantwortung dafür, dass Migrationsbewegungen entstehen. Doch sie profitiert auch von der Bekämpfung derselben Migrationsflüsse – von einem Krieg, der unzählige zivile Opfer fordert.

Es führt nahezu kein sicherer Weg mehr zum Asyl in Europa. Menschen werden zu gefährlichen Reisen gezwungen – über das Mittelmeer, durch die Niger-Wüste oder auf der Balkanroute. Sie werden von Beamten verhaftet, die von der europäischen Grenz- und Küstenschutzbehörde Frontex koordiniert werden. Die Schweiz überweist jedes Jahr einen zweistelligen Millionenbetrag an Frontex und wird bis 2027 323 Millionen (davon 160 bereits seit

2024 überwiesen) in den Fonds für integrierte Grenzverwaltung der Schengen-Staaten einzahlen. Damit beteiligt sie sich an der Militarisierung der Grenzen. Frontex führt wiederum intransparente Verhandlungen mit den weltweit grössten Waffenhändlern.

In der Schweiz selber drängt sich der militärisch-industrielle Komplex des Kriegs gegen die Migration bis in die intimsten Lebensbereiche der Menschen auf der Flucht hinein. In mehreren Regionen der Schweiz wurde der Auftrag für die Beherbergung und die Betreuung dieser Menschen an das private profitorientierte Unternehmen ORS vergeben. Dieses wurde 2022 vom internationalen Grosskonzern Serco übernommen, dessen Kerngeschäft darin besteht, Transport-, Gesundheits- und Sicherheitsdienstleistungen an Staaten und paramilitärische Gruppen zu erbringen. Der Sicherheitsbereich umfasst die Verwaltung von Haftanstalten und Asylstrukturen sowie die Bereitstellung von Technologien und Geräten, die der Militarisierung dienen. ORS und Serco dominieren den Markt mit unschlagbaren Preisen, die durch niedrige Kosten bei Personal und Leistungen ermöglicht werden. Dadurch werden sie trotz äusserst unethischer Praktiken zu einem unverzichtbaren Akteur in diesem Bereich.

Zudem erhalten Personen, die aus Konfliktgebieten oder destabilisierten Regionen flie-

hen, in der Regel nicht Asyl, sondern einen vorläufigen Schutzstatus. In der Schweiz gilt dies auch für Deserteur*innen. Der Schutzstatus ist prekär und bedeutet Einschränkungen im Sozialbereich, bei der freien Wahl des Wohnorts und im Familiennachzug. Asyl bleibt Menschen vorbehalten, die von individueller und politischer Verfolgung betroffen sind. Indem die Gefahr nicht anerkannt wird, die von europäischen Waffenexporten ausgeht, wird die Verantwortung der Staaten für die dadurch entstandenen Konflikte verschwiegen.

Die willkürlichen Unterschiede zwischen Fluchtgründen und die prekären Lebensbedingungen, denen geflüchtete Menschen ausgesetzt sind, stärken wiederum die Narrative rechtsextremer Akteure. Wenn Migration als Bedrohung oder Unrecht wahrgenommen wird, können sie ihre Forderungen als Lösungen für gesellschaftliche Probleme verkaufen und die historisch gewachsenen und gründlich dokumentierten Verflechtungen mit vermögenden Industriellen

und dem Finanzplatz verschleiern.

Aus diesem Grund muss Bewegungsfreiheit als Gebot der Gerechtigkeit gelten. Damit die Waffen endlich schweigen, muss auch der Krieg gegen Migration eingestellt werden. Nicht nur, weil wir das Recht auf ein Leben in Würde für alle fordern, sondern auch damit die Kriegstreiber und -profiteure zur Rechenschaft gezogen werden. Die Lockerung der Regulierung des Kriegsmaterialexports könnte der letzte Schritt im Krieg gegen die Migration sein, den die Schweiz doch nicht gehen wird. Die Beschränkungen sind bei weitem nicht ausreichend – der Kampf um deren Erhalt bleibt jedoch unerlässlich.

QUELLEN

[1] <https://www.tni.org/en/publication/smoking-guns>



Sophie Guignard, Solidarité sans frontières



GSoA, SP und GRÜNE vereint gegen die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes. Foto: Moyra Strub, SPS

FEMINISTISCHE SICHERHEIT

Sicherheit für wen? Ein Nein zu den KMG-Lockerungen ist feministische Pflicht

Das neue Kriegsmaterialgesetz (KMG) soll die Sicherheit der Schweiz stärken. Doch wer definiert, was Sicherheit heisst? Ein Blick auf die Frauen-, Frieden- und Sicherheit Agenda (Women, Peace and Security, WPS) zeigt, wie die Lockerung des KMG mit einem feministischen Friedensverständnis kollidiert. NATALINA HALLER, FRIEDA

DIE FRAUEN, FRIEDEN, SICHERHEIT AGENDA

Der Resolution 1325 des UNO-Sicherheitsrats im Jahr 2000 ging eine jahrzehntelange zivilgesellschaftliche Mobilisierung voraus. Die daraus entstandene WPS-Agenda ist ein zentraler Bezugspunkt feministischer Friedenspolitik: Für eine Sicherheit, die sich an den Folgen von Konflikten auf Menschen orientiert, nicht an militärischer Handlungsfähigkeit. Mit inzwischen zehn Resolutionen und Umsetzungsplänen in 116 Staaten, darunter auch der Schweiz, verpflichtet die WPS-Agenda zu Prävention, Schutz, Teilhabe sowie Soforthilfe und Wiederaufbau.

1. PRÄVENTION

Konfliktprävention stärkt Frauenrechte und lokale Friedensinitiativen und bekämpft strukturelle Ursachen von Gewalt. Eine feministische Friedenspolitik setzt auf Gleichstellung, Geschlechtergerechtigkeit und Demilitarisierung. Das neue KMG verfolgt den gegenteiligen Ansatz: Es stärkt die Rüstungsindustrie mit dem Argument, dadurch die nationale Sicherheit zu erhöhen. Doch Waffen beseitigen keine Konfliktursachen. Sie begünstigen Eskalation.

2. SCHUTZ

Rund 676 Millionen Frauen und Mädchen leben in Konfliktregionen. Sexualisierte Gewalt, Hunger, Angriffe auf Gesundheitsinfrastruktur und fehlende Bildung treffen sie besonders. Kriegswaffen werden zunehmend in bewohnten Gebieten eingesetzt, wo Blindgänger die Bevölkerung lange nach den Kämpfen gefährden. Die WPS-Agenda verpflichtet Staaten, Be-

troffene speziell zu schützen und ihre Sicherheit ins Zentrum politischen Handelns zu stellen. Eine Politik, die Waffenexporte in Kriegsregionen vereinfacht, widerspricht dem.

3. TEILHABE

Die WPS-Agenda verlangt, dass die Erfahrungen von Frauen friedenspolitische Prioritäten mitprägen. Friedensabkommen sind nachhaltiger, wenn Frauen beteiligt sind; fehlende Prävention und Schutz erschweren hingegen ihre Mitwirkung an Entscheidungen. Die KMG-Revision wurde in einem Umfeld beschlossen, in dem militärisch geprägte Sicherheitslogiken und Interessen der Rüstungsindustrie dominieren. Alternative Perspektiven blieben in den parlamentarischen Debatten unterrepräsentiert. Das neue KMG widerspricht damit dem Teilhabeprinzip der WPS-Agenda nicht nur im Ergebnis, sondern bereits im politischen Prozess.

4. NOTHILFE & WIEDERAUFBAU

Nothilfe und Wiederaufbau müssen die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen berücksichtigen, lokale Strukturen stärken und neue Gewalt verhindern. Die Waffenexporte hingegen folgen einer Aufrüstungslogik. Während bei der Entwicklungszusammenarbeit gespart wird, sollen die Armeeausgaben bis 2032 1% des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Steigende Rüstungskosten will der Bund mittels einer Mehrwertsteuererhöhung finanzieren.

Gleichzeitig werden aus der Entwicklungszusammenarbeit abgezogene Gelder in die humanitäre Hilfe gesteckt. Damit werden Mittel von langfristiger Entwicklung weg hin zur Bewältigung bereits eskalierter Krisen verschoben, während die Rüstungsindustrie von unsicheren Lagen profitiert. Wer Nothilfe und Wiederaufbau ernst nimmt, investiert in Prävention, Schutz und nachhaltige Entwicklung statt in die Kriegswirtschaft. Frieden entsteht nicht durch Waffenexporte. Die KMG-Revision untergräbt jene Sicherheitspolitik, zu der sich die Schweiz mit der WPS-Agenda verpflichtet hat. Während das Gesetz militärische und wirtschaftliche Interessen priorisiert, richtet die feministische Friedenspolitik den Blick auf die menschliche Sicherheit. Dies bedeutet, Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten, Ungleichheiten abzubauen und Gewaltbetroffene, insbesondere Frauen und Mädchen, zu schützen. Damit ist das neue KMG unvereinbar. Ein Nein an der Urne ist feministische Pflicht.



Natalina Haller, Frieda

KIRCHLICHER BLICK

Waffenexporte aus feministisch-theologischer Sicht

«Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.» So lautet eines der bekanntesten ökumenischen Bekenntnisse der weltweiten Christenheit. Er wurde im Jahr von der ersten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam angesichts des unermesslichen Leids der Weltkriege formuliert und bleibt im kirchlichen Kontext ein zentraler Appell für den Frieden. ESTHER GISLER FISCHER, NEUE WEGE

Leider sind momentan die Kirchen hierzulande schlechte Hüterinnen dieser Botschaft: Ihrem gesellschaftlichen Relevanzverlust begegnen sie, indem sie die Alternativlosigkeit von Aufrüstung und Militarismus betonen und damit das kritische Potenzial des Evangeliums preisgeben. Einzig die Friedenskirchen der Täufer, Mennoniten und Quäker halten das weisse Fähnlein des Pazifismus noch hoch. (Max Daetwyler, der Mann mit der weissen Fahne; ein Verfechter der konsequenten Gewaltlosigkeit und weltbekannte Symbolfigur des Pazifismus lässt grüssen.) Diese engagieren sich nach wie vor für die Anwendung gewaltloser Strategien sozialer Verteidigung. Die Vision des «Reich Gottes» von dem Jesus von Nazareth in der Bergpredigt gesprochen hatte, war laut dem Theologen und Psychoanalytiker Eugen Drewermann ein «Neuanfang in radikaler Abkehr von Krieg und Gewalt; es ist die Verwirklichung jenes Friedens und jene Gewaltlo-

sigkeit, nach welchen im Grunde alle Menschen sich sehnen, wofern sie nicht in der Verwirbelung der Angst um und um gedreht werden.» Aus feministischer Sicht ist die Ausfuhr von Waffen ziemlich fragwürdig: Die Resolution 1325, welche die Agenda «Frauen, Frieden, Sicherheit (FFS)» begründete, wurde 2000 vom UN-Sicherheitsrat einstimmig angenommen. Sie ist das Ergebnis des weltweiten Engagements von Friedensaktivistinnen und der Zivilgesellschaft. Sie soll Frauen an der Konfliktprävention und am Friedensprozess beteiligen, sie in Konflikten schützen, vor Gewalt bewahren und nach Konflikten in den Wiederaufbau einbeziehen. So unterstreicht und erweitert sie den Geltungsbereich und die Bestimmungen internationaler Vereinbarungen für Schutz, Partizipation und Geschlechtergerechtigkeit wie die UNO-Frauenrechtskonvention CEDAW, die Istanbul-Konvention und die Ziele 5 und 16 der Agenda 2030. Die Ausfuhr von Kriegsmaterial ist eine Hauptsorge der FFS-Agenda, die in direktem Zusammenhang mit der Verletzung von Menschen- und Frauenrechten im Besonderen steht. Auch Schweizer Unternehmen beteiligen sich intensiv am Waffenhandel. Laut einem Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO wurde 2020 Kriegsmaterial im Wert von 901,2 Mio. CHF exportiert. Das sind 24 % mehr als im Vorjahr. Damit erreichte die Schweiz Platz

14 im weltweiten Ranking der Waffenlieferungen. Bestimmte militärische Güter und solche mit doppeltem Verwendungszweck (dual use) sind in dieser Statistik nicht enthalten. Zählt man diese hinzu, belaufen sich die Exporte auf 3,8 Mia. CHF. Waffen verlängern Krieg nur und sind eine Gefahr für die Zivilgesellschaft. Insbesondere ein Anstieg häuslicher Gewalt mit Schusswaffen ist bei der Verfügbarkeit von solchen festzustellen.



Esther Gisler Fischer, Neue Wege

Louise Schneider, ein GsoA-Urgestein, religiöse Sozialistin und «polternde Pazifistin mit warmem Herzen» sprayte 2017 an eine Baustellenabschrankung der Schweizerischen Nationalbank «Geld für Waffen tötet.» Ihr Engagement war damals und ist heute noch gespeist aus der Widerständigkeit der biblischen Botschaft; insbesondere der Bergpredigt; dem pazifistischen Manifests des Nazareners: «Selig sind die Armen, denen sogar das Gottvertrauen genommen wurde, denn ihnen gehört Gottes Welt. Selig sind die Trauernden, denn sie werden getröstet werden. Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Landerben. Selig sind die, die nach Gerechtigkeit hungern und dürsten, denn sie werden satt werden. Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erfahren. Selig sind die, die reinen Herzens sind, denn sie werden Gott sehen. Selig sind die, die für den Frieden arbeiten, denn sie werden Töchter und Söhne Gottes heissen. Selig sind die, die verfolgt werden, weil sie die Gerechtigkeit lieben, denn ihnen gehört Gottes Welt. Selig seid ihr, wenn sie euch um meinetwillen beschimpfen, verfolgen und böse Lügen über euch verbreiten.»

WIRTSCHAFT

ARBEITSMARKT

Von Waffen hin zu Technologien für die Zukunft

Wenn es um den Export von Kriegsmaterial geht, taucht ein Argument immer wieder auf: die Frage der Beschäftigung. Wenn die Schweiz zu strenge Vorschriften einführt, so heisst es, würden die Unternehmen der Branche Aufträge, Arbeitsplätze und Fachkompetenzen verlieren. Dieses Argument ist nachvollziehbar, vor allem für diejenigen, die in der Industrie arbeiten, doch geht es hier auch um Prioritäten: Wollen wir in den Krieg investieren oder in das, was zu einer besseren Zukunft beiträgt? GIULIA PETRALLI, VPOD

Das Referendum gegen die Lockerung der Exportbestimmungen von Kriegsmaterial ist kein Referendum gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Industrie. Es ist im Gegenteil eine Gelegenheit, deutlich zu machen, dass Industriepolitik nicht so gestaltet werden darf, dass der Profit der Unternehmen über alles andere gestellt wird.

Die vom Parlament Ende 2025 verabschiedete Änderung des Kriegsmaterialgesetzes entspringt auch dem Bestreben, die Schweizer Rüstungsindustrie zu unterstützen. Die neuen Vorschriften würden den Export in Länder erleichtern, die in Konflikte verwickelt sind oder für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, und würden in vielen Fällen die Aufhebung der Kontrolle über die Wiederausfuhr von Waffen ermöglichen.

Die Schweiz verfügt über industrielle, technologische und wissenschaftliche Kompetenzen auf höchstem Niveau. Die in diesem Sektor tätigen Personen verfügen über Qualifikationen und Erfahrungen, die nicht zwangsläufig mit der Herstellung von Waffensystemen für internationale Märkte verbunden sein müssen. Vielmehr sollten diese Kompetenzen auf gesellschaftlich nützliche Produktionen ausgerichtet werden, wobei

gleichzeitig hochwertige Arbeitsplätze gesichert werden sollten.

Viele Technologien, die im Bereich Sicherheit und Verteidigung entwickelt wurden, finden zivile Anwendungen. Der Bereich der Dual-Use-Güter umfasst Maschinen, technische Geräte und andere Produkte, die sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich eingesetzt werden können. Das SECO schätzt, dass dieser Sektor insgesamt rund 137'000 Arbeitsplätze umfasst, einschliesslich indirekter Beschäftigung und ziviler Aktivitäten der Unternehmen.

Eine zukunftsorientierte Industriepolitik sollte Forschung, Innovation und die Umstellung auf

zivile Produktionszweige und Technologien, die der Bevölkerung zugutekommen, fördern: vom Katastrophenschutz bis zur Cybersicherheit, von Umwelttechnologien bis zur Mobilität, von der Robotik bis zur Weltraumforschung. Und sie sollte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Transformationsprozessen begleiten und dabei Weiterbildung, Umschulung sowie menschenwürdige Arbeitsbedingungen gewährleisten.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt zu berücksichtigen. Wenn ein Unternehmen zunehmend von Exporten in internationale Rüstungsmärkte abhängig ist, werden auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von den Gesetzmässigkeiten dieses Marktes abhängig. Ein Markt, der seinem Wesen nach mit Kriegen, geopolitischen Spannungen und Regierungsentscheidungen verbunden ist, auf die die Schweiz keinen Einfluss hat.

Der Schutz der Arbeitsplätze darf daher nicht zum Vorwand werden, um die demokratischen Kontrollen einzuschränken und die Standards zu senken. Umso mehr, als die Gesetzesänderung die Befugnisse des Bundesrats stärken würde, Ausnahmen von den Exportvorschriften zu gewähren, wodurch die Kontrolle durch das Parlament und die Bevölkerung eingeschränkt würde.

Es ist nicht hinnehmbar, dass man, um einen Arbeitsplatz zu retten, akzeptieren muss, dass ein in der Schweiz hergestelltes Produkt ohne angemessene Kontrollen in einem Bürgerkrieg



Giulia Petralli, VPOD

WIEDERAUSFUHR

Widerstand der Zivilgesellschaft gegen das globale Wettrüsten erforderlich

Während weltweit die Rüstungsausgaben explodieren und Rüstungskonzerne Rekordgewinne einfahren, will die Schweiz ihre Waffenexportkontrollen lockern. Damit macht sie sich zum Teil eines internationalen Aufrüstungswettlaufs und setzt ihre Verantwortung für Frieden und Menschenrechte aufs Spiel. ROXANE STEIGER

Der internationale Kontext rund um die Diskussion über die Lockerung unseres Kriegsmaterialgesetzes ist düster: Das IKRK verzeichnet aktuell rund 130 bewaffnete Konflikte weltweit. 2025 betrugen die globalen Militärausgaben gemäss dem Friedensforschungsinstitut SIPRI 2'887 Mrd. Dollar. Allein im vergangenen Jahrzehnt sind diese um 41% gestiegen und haben sich innerhalb von 15 Jahren mehr als verdoppelt. Es ist offensichtlich: Die Welt rüstet sich für neue und mehr Konflikte und verfällt der brandgefährlichen Illusion, dass mehr Waffen zu mehr Sicherheit führen. Genau deshalb ist der Widerstand der Zivilgesellschaft dagegen wichtiger denn je.

DIE GOLDENE STUNDE DER RÜSTUNGS-LOBBY

Dass Krieg keine Gewinner kennt, stimmt nicht ganz. Während weltweit Millionen Menschen unter Krieg und seinen Folgen leiden, pro-

fitieren derweil einige wenige Rüstungskonzerne massiv von der angespannten geopolitischen Lage. Der Rüstungskonzern Rheinmetall ist dafür ein gutes Beispiel: Seine Aktie stieg von 83 € Ende 2021 auf über 1500 € Ende 2025 – ein Anstieg von fast 1'800 %. Die Schweizer Rüstungsindustrie verzeichnet seit Beginn des Ukrainekriegs Gewinne, die deutlich über dem Schnitt der letzten 20 Jahre liegen. Mit den geplanten Änderungen des Kriegsmaterialgesetzes gibt ihnen das bürgerliche Parlament nun eine Carte Blanche, um auf der globalen Rüstungswelle vorne mitzuschwimmen.

Die geplante Lockerung steht im Kontext eines gesamteuropäischen Trends: Rüstungsunternehmen drängen darauf, Exportbeschränkungen innerhalb Europas abzubauen. Ihr Ziel ist ein möglichst reibungsloser europäischer Rüstungsmarkt, in dem Waffen und Komponenten möglichst ohne nationale Hindernisse zirkulieren können. Dies soll auch die in der Schweiz ge-

plante Gesetzeslockerung erlauben. Doch damit könnte ein Empfängerland die Weitergabe von Schweizer Kriegsmaterial an einen Drittstaat einfacher ermöglichen. Damit nimmt unsere Regierung auch in Kauf, dass Schweizer Kriegsmaterial wieder einfacher in Kriegsgebieten wie dem Sudan oder dem Jemen auftaucht und damit die Gewalt und die desaströse humanitäre Situation weiter verschärft.

Die angedachten Lockerungen widersprechen auch dem Sinn und Zweck des internationalen Waffenhandelsrechts. Die Schweiz ist Vertragsstaat des UN Arms Trade Treaty (ATT), der gerade deshalb geschaffen wurde, weil Waffenexporte nicht als gewöhnliche Handelsgeschäfte behandelt werden dürfen. Staaten müssen prüfen, welche Risiken mit einem Export verbunden sind, insbesondere das Risiko, dass Waffen zur Verletzung des humanitären Völkerrechts oder der Menschenrechte beitragen. Wer diese Verantwortung an andere Staaten delegiert, schwächt nicht nur die eigene Kontrolle, sondern auch die internationale Idee gemeinsamer Verantwortung.

Wer Waffen exportiert, trägt Verantwortung. Die Folgen einer solchen Politik sind nicht abs-

oder in die Hände eines Regimes gelangen könnte, das systematisch Menschenrechte verletzt. Das ist eine falsche Alternative.

Frieden und Arbeit stehen nicht im Widerspruch zueinander. Eine wirklich sichere Gesellschaft muss in Menschen, Kompetenzen, Bildung und eine Wirtschaft investieren, die in der Lage ist, Wohlstand zu schaffen, ohne von Instabilität und Krieg abhängig zu sein.

Deshalb bedeutet die Unterstützung des Referendums auch, eine andere Vorstellung von Industriepolitik zu verteidigen: eine Politik, die nicht von den Arbeitnehmer*innen verlangt, den Preis für die Entscheidungen der Industrie zu zahlen, sondern deren Zukunft in den Mittelpunkt stellt. Denn Arbeit darf nicht zu einer Waffe werden, um den Verkauf anderer Waffen zu rechtfertigen.

trakt. In zahlreichen Konflikten gelangen Waffen über komplexe internationale Lieferketten in die Hände von Konfliktparteien. Gerade in fragilen Staaten kann Kriegsmaterial Gewalt verlängern und die Zivilbevölkerung einem noch grösseren Risiko aussetzen. Wer Waffen exportiert, kann deshalb nicht einfach darauf verweisen, dass die Verantwortung ab dem Moment der Ausfuhr bei jemand anderem liegt.

Besonders problematisch ist dies in einer Zeit, in der die Rüstungsausgaben weltweit explodieren. Wenn Staaten gleichzeitig ihre Armeen ausbauen, die Waffenproduktion hochfahren und Exportkontrollen lockern, entsteht eine gefährliche Dynamik. Denn wer Frieden will, muss nicht den Krieg vorbereiten, sondern die Bedingungen schaffen, unter denen Krieg verhindert werden kann.

Die Schweiz muss gerade aufgrund ihrer Rolle als militärisch neutraler Staat, als Depositarstaat der Genfer Konventionen und als privilegiertes, sicheres und reiches Land ihre Verantwortung bei Waffenexporten ernst nehmen. Mit der geplanten KMG-Lockerung droht die Schweiz stattdessen, sich dem internationalen Wettlauf anzuschliessen. Das ist der falsche Weg. Gerade angesichts der zunehmenden Konflikte und steigenden Rüstungsausgaben braucht es nicht weniger Kontrolle, sondern mehr. Die Zivilgesellschaft hat jetzt die wichtige Aufgabe, diesen Kurs mit einem klaren Zeichen an der Urne zu korrigieren.

PARLAMENTS-HISTORIE

Von der Korrektur zur Makulatur: Die Ukraine als Vorwand für die Lockerung der Kriegsmaterialexporte

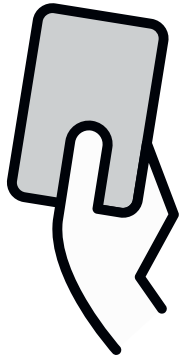
Marionna Schlatter, Nationalrätin, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) von 2019-2025 im Gespräch mit Anna-Béatrice Schmaltz, Nationalrätin, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission seit 2026 ANNA-BÉATRICE SCHMALTZ UND MARIONNA SCHLATTER NATIO-
NALRÄTINNEN GRÜNE

ANNA: Wir stimmen im November über eine Gesetzesänderung ab, die die sogenannte «Korrektur-Initiative» rückgängig macht. Lass uns kurz ins Jahr 2019 zurückblicken. Da warst Du neu im Parlament und in der Sicherheitspolitischen Kommission.

MARIONNA: Die Korrektur-Initiative wurde im Sommer 2019 nach nur 6 Monaten Sammelzeit eingereicht. Sie hatte eine Vorgeschichte: Nach 2006 hat der Bundesrat Schritt für Schritt die Exportregeln für Kriegsmaterial aus der Schweiz gelockert. Zuerst durfte man in Konfliktstaaten exportieren, ab 2014 sogar in Länder, die Menschenrechte «systematisch und schwerwiegend» verletzen, solange das Risiko eines Waffeneinsatzes dafür als «gering» eingestuft wurde. 2016 kam die nächste Aufweichung: Exporte in Länder mit bewaffneten Konflikten wurden erlaubt, solange der Konflikt nicht im eigenen Land stattfand – als ob Waffen an der Grenze haltmachen würden! Und dann kamen die Bilder in den Zeitungen: Schweizer Waffen in Syrien, Libyen, Jemen. Das war der Punkt, an dem eine breite Allianz – von den Grünen bis zur BDP – gesagt hat: So kann es nicht weitergehen.

ANNA: Damals waren im Parlament strengere Regeln mehrheitsfähig. Das ist heute unvorstellbar. Die Initiative konnte 2021 zurückgezogen werden.

MARIONNA: Ja, 2021 wirkte es wie ein Sieg. Der Gegenvorschlag verankerte die Bewilligungskriterien im Gesetz statt in der Verordnung, und eine Ausnahmeklausel für den Bundesrat wurde mit 96 zu 91 Stimmen im Nationalrat abgelehnt. Die Allianz zog die Initiative zurück. Es war ein Punktsieg auf einem wackligen Fundament. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine und den Wahlen 2023 veränderten sich die Mehrheiten. Anna, Du bist seit diesem Jahr neu in der SiK, wie erlebst Du die Argumente für die Lockerungen?



KORREKTUR-INITIATIVE
Gegen Waffenexporte
in Bürgerkriegsländer

ANNA: Es gibt zum Beispiel das industriepolitische Argument: Die Schweizer Rüstungsindustrie beschäftigt einige Tausend Menschen, und mit Rüstungsexporten kann man viel Geld verdienen. Aber darüber wird selten gesprochen. Meist wird über die sicherheitspolitische Eigenständigkeit geredet. Wer eine eigene Rüstungsindustrie hat, sei bei der Beschaffung nicht von anderen Staaten abhängig.

MARIONNA: Genau, die Mär der bewaffneten Neutralität, als könnte sich die Schweiz eigenständig verteidigen. Es ist schon ironisch, dass die SVP, die dieses Argument immer vor sich her trägt, die Partei ist, die alles dagegen tut, damit wir die Beziehungen zu unseren europäischen Partnerländern stabilisieren können. Mich ärgert auch, wie der Ukraine-Krieg vorgeschoben wird für diese Lex Rüstungsindustrie!

ANNA: Es wäre ja eine legitime Frage: Soll die Schweiz es erlauben, dass Drittstaaten in der Schweiz gekaufte Waffen an die Ukraine weitergeben? Das ist eine ernsthafte neutralitäts- und völkerrechtliche Debatte, die man führen muss – mit Argumenten auf beiden Seiten. Bezeichnend ist: Die Lieferung von Waffen direkt in die Ukraine bleibt auch nach dieser Lockerung verboten. Das Gesetz, über das wir jetzt abstimmen, löst also nicht einmal die Frage, die angeblich der Anlass dafür war.



Links: Anna-Béatrice Schmaltz, rechts: Marionna Schlatter

MARIONNA: Was 2023 bis 2025 tatsächlich verhandelt wurde, ist etwas ganz anderes: Eine generelle Abweichungskompetenz für den Bundesrat, unabhängig davon, ob sie mit der Ukraine zu tun hat oder nicht. Die ursprüngliche Motion der SiK im Ständerat von 2023 war fast wortgleich mit dem, was wir 2021 in der Debatte zur Korrektur-Initiative erfolgreich verhindert hatten. Der Ukraine-Krieg war der politische Anlass, der diese seit Jahren gewünschte Lockerung für die Rüstungsindustrie plötzlich mehrheitsfähig machte.

ANNA: Die Schweiz sollte grundsätzlich aufhören, Kriegsmaterial zu exportieren. Man kann doch nicht Völkerrecht predigen und gleichzeitig an dessen Verletzung mitverdienen. Ich hoffe, dass die Bevölkerung das genauso sieht!

BUCHREZENSION

Making a Killing: Wie der Westen vom Gemetzel in Gaza und im Jemen profitiert

Das erklärte Ziel der Änderung des Kriegsmaterialgesetzes ist es, die Schweizer Rüstungskonzerne noch stärker in die internationale Waffenindustrie zu integrieren. Ein neues Buch zeigt detailliert auf, wie diese Industrie von Konflikten profitiert und sie weiter anheizt.

ANDREAS WEIBEL

Shimaa ist 33 Jahre alt. Als eine Bombe auf ihr Haus in Gaza fiel, verlor sie ihren Mann, zwei ihrer drei Kinder, ihren Schwiegervater und zahlreiche weitere Familienmitglieder, die in ihrer Wohnung Zuflucht gesucht hatten. Shimaa selbst erlitt schwere Verletzungen. Ihre Verwandten pflegten sie, weil alle Spitäler überfüllt waren. Mohamed Yehia Muzayid lebt zweitausend Kilometer entfernt in Mastaba im Jemen. Er arbeitete als Strassenreiniger im lokalen Lebensmittelmarkt. Als die erste Bombe fiel, versuchte er, den Verwundeten zu helfen. Als fünf Minuten später die zweite Bombe fiel, rannte er um sein Leben. Bei diesem Angriff auf den Markt tötete die saudi-arabische Luftwaffe 97 Unbeteiligte, darunter auch zwei Schwestern von Mohamed und ihre Kinder.

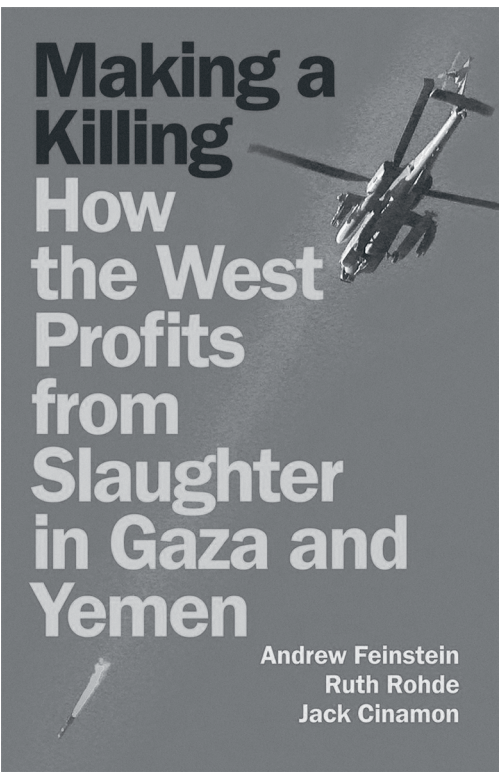
Die 2000-Pfund-Gefechtsköpfe, die auf den Markt von Mastaba fielen, waren Bomben des Typs Mk-84, die in den USA hergestellt wurden. Auch die Bombe, die das Haus von Shimaa in

Gaza zerstörte, war ein Gefechtskopf dieses Typs. Der Brite Andrew Feinstein ist einer der bekanntesten Experten für den globalen Waffenhandel. Sein Buch «Waffenhandel: Das globale Geschäft mit dem Tod», das auch auf Deutsch erhältlich ist, gilt als Standardwerk zu diesem Thema. Zusammen mit Jack Cinamon und Ruth Rohde deckt er in «Making a Killing: How the West Profits From Slaughter in Gaza and Yemen» die verborgenen Netzwerke auf, die den Westen mit der brutalen Zerstörung in den Kriegen des Nahen Ostens verbinden.

DIE ROLLE DER SCHWEIZ

Anhand von Berichten direkt vor Ort zeichnet das Buch den Weg des Blutgeldes nach, das durch London, Washington und europäische Hauptstädte fliesst, sowie den Weg der Waffen, die im Jemen und im Gazastreifen Gewalt und Leid anrichten. Die akribischen Recherchen decken auf, wie westliche Regierungen systema-

tisch gegen ihre eigenen Gesetze verstossen, um Völkermorde anzuheizen, und wie sie eine Drehtür geschaffen haben, durch die Politiker:innen, Militärführer und Unternehmensleiter sich bereichern, während sie das Völkerrecht untergraben. Die Schweiz spielt im Buch keine zentrale Rolle. Selbstverständlich ist sie aber auf verschiedene Arten involviert: Mit logistischen und Finanzdienstleistungen oder der Lieferung von Dual-Use-Gütern wie Antennen. Derzeit verhindert das Kriegsmaterialgesetz noch Schweizer Waffenlieferungen an die Kriegsparteien im Nahen Osten, und Endverbraucherzertifikate verunmöglichen Umgehungsgeschäfte. Die Schweizer Rüstungsindustrie versucht jedoch seit Langem, dies zu ändern, um sich noch stärker in die globalen Produktionsketten für Kriegsmaterial einbinden zu können und somit noch mehr von Krieg, Tod und Zerstörung zu profitieren. Es ist unsere Aufgabe, das am 29. November zu verhindern.



Mehr zum Buch findet sich hier:
gsoa.ch/making-a-killing



Hilf uns im KMG-Abstimmungskampf!

Die heisse Phase der Abstimmung beginnt jetzt. Wir haben einen bunten Strauss an Mitmach-Möglichkeiten, damit wir so viele Menschen wie möglich von einem NEIN überzeugen können. Bist du dabei?

FLYER UND FAHNEN BESTELLEN, EIN LOKALKOMITEE GRÜNDEN...ALLES UNTER DIESEM QR-CODE:



kriegsmaterial-referendum.ch/#mitmachen

LESER:INNENBRIEFE:

Melde dich gerne über die Webseite kriegsmaterial-referendum.ch/#leserbrieft, um uns mit dem Schreiben von Leser:innenbriefen zu unterstützen. Wir werden dir regelmässig per Mail Artikel von Regionalzeitungen und grösseren Medienhäusern zukommen lassen, die sich für Leser:innenbriefe eignen.



Gerne kannst du in Eigenregie deine Antwort auf Artikel zum Kriegsmaterialgesetz an Redaktionen schicken und antimilitaristische Argumente streuen! Insbesondere Gratiszeitungen und regionale Blätter erreichen viele Menschen, die sonst möglicherweise nicht mit unserer Kampagne in Kontakt kommen. Oftmals ist dort auch gar kein direkter Bezug zu einem Artikel notwendig.

Ebenfalls sinnvoll sind Online-Kommentare in Online-Zeitungen, Facebook oder Instagram. Dafür kannst du dich am Argumentarium auf der Webseite <https://kriegsmaterial-referendum.ch/#argumente> orientieren.

HALTE DIR BITTE FOLGENDE DATEN FÜRS GEMEINSAME FLYERN FREI:

Weitere Aktionen und Infos findest du auf der Webseite.

Sa. 24.10. 11:00 Uhr, **STADT BERN**
 Sa. 24.10. 11:00 Uhr, **STADT ZÜRICH**
 Sa. 24.10. 11:00 Uhr, **BASEL-STADT**
 Do. 05.11. 17:30 Uhr, **STADT ZÜRICH**
 Do. 05.11. 17:30 Uhr, **KÖNIZ**
 Do. 05.11. 18:00 Uhr, **BASEL-STADT**
 Sa. 07.11. 11:00 Uhr, **USTER**
 Sa. 07.11. 11:00 Uhr, **STADT BERN**
 Sa. 07.11. 11:00 Uhr, **LIESTAL**
 Di. 10.11. 17:30 Uhr, **ZÜRICH ALTSTETTEN, OERLIKON**
 Di. 10.11. 18:00 Uhr, **STADT BERN**
 Di. 10.11. 17:30 Uhr, **BASEL-STADT**
 Do. 12.11. 18:00 Uhr, **WINTERTHUR**
 Do. 12.11. 18:00 Uhr, **STADT BERN**

Du bist terminlich verhindert oder/und dein Dorf, deine Stadt ist nicht vertreten? Informiere dich auf der Webseite und wir unterstützen dich beim Organisieren einer eigenen Aktion! Wir sind auf selbständig organisierte Aktionen angewiesen und schätzen diese Unterstützung sehr.

STÖBERE DICH DURCH DIE KRIEGSMATERIALEXPORTE DER SCHWEIZ:



kriegsmaterial-referendum.ch/flyer

Schick den Link zur Webseite Freund:innen und Familie, damit sie sich informieren und richtig abstimmen können!



kriegsmaterial.ch/de/

GREGOR, DAS GLÜCKLICHE GEWEHR

